

ensi usurpato, ita omnino privari possint, sicut privantur per poenam depositionis a titulo canonici beneficii?

Der Entscheid lautete:

Affirmative, salvis tamen iuris dispositionibus quoad alimenta pro iis, qui vere indigeant. (S. C. Concilii d. d. 12 Junii 1910.)

Diözesan-Kalendarium oder Regular-Kalendarium? Der Fürstbischöf von Seckau fragte bei der Ritenkongregation an, welches Kalendarium die Mitglieder eines Ordens oder Kongregation zu befolgen hätten, welche eine Pfarrei verwalteten, das Diözesan- oder das Regular-Kalendarium?

Die Ritenkongregation gab darauf folgenden Entscheid:

Ist die Pfarrei dem Kloster oder dem religiösen Hause inkorporiert, oder dem betreffenden religiösen Hause für immer oder auf unbestimmte Zeit anvertraut, oder wenn die religiöse Genossenschaft selbst bei der Pfarrkirche das göttliche Offizium verrichtet, so ist immer das Regular-Kalendarium zu gebrauchen; wenn nicht, so werde bei der Feier der heiligen Messe das Diözesan-Kalendarium befolgt nach Dekret n. 4051: Urbis d. d. 15. Dec. 1899 et Canonici. Regular. Lateran. Congregat. Austriae d. d. 11 Febr. 1910. (S. Rit. Congret. d. d. 21 Apr. 1910.)

Kirchliche Zeitläufe.

Von P. Dr. Bonifaz Senzer O. S. B., Seckau.

1. Epilog zur Enzyklika-Bewegung. — 2. Weltkongreß für freies Christentum und religiösen Fortschritt. — 3. Kulturkampfstimmung in Spanien.

1. Im Gegensatz zu anderen religiösen Erregungen wird es der Geschichte dereinst nicht schwer fallen, den wahren Charakter und die tiefsten Beweggründe der in den letzten Monaten das öffentliche Leben beherrschenden Protestbewegung gegen die päpstliche Enzyklika „*Editae saepe*“ aufzudecken und bloßzulegen. Ohne noch einmal hier in die Einzelheiten der Bewegung einzugehen, sei es vielmehr gestattet, in Form eines Epilogs den einen und anderen Punkt herauszugreifen, näher zu beleuchten und so das Wesen der Bewegung, ihre leitenden Motive klarzustellen und festzuhalten.

Es war am 24. April d. J., daß 700 Jerusalem-pilger von Pius X. in Audienz empfangen wurden, in deren Namen Kardinal Fischer-Köln eine Ergebenheits-Adresse verlas. Der Papst benützte den Anlaß, um dem deutschen Kaiser unter geziemendem Lobe für seine christliche Gesinnung in herzlichen Worten Dank zu sagen für das großmütige Geschenk der Dormitio B. M. V. auf Sion an die deutschen Katholiken. Wenige Wochen nur später, anfangs Juni, und es erschien der Berliner Pilgerzug gleichfalls vor Pius, und wieder flossen Worte hohen Lobes für Deutschlands Bewohner spontan aus des Papstes Munde, und bewegten Herzens flehte er den himmlischen Segen auf den deutschen Kaiser, sein ganzes kaiserliches Haus, die

deutschen Kardinäle und Bischöfe, auf den Alerus und die anwesenden Pilger herab.

Es gehört wahrlich ein gutes Stück absichtlicher Verkennung dazu, um aus beiden Anlässen eine Gegnerschaft des Papstes wider die deutsche Nation zu konstruieren. Und doch! Der Evangelische Bund hat das Kunststück fertig gebracht, und die in seiner Gefolgschaft stehende Presse ließ es an schweren Anklagen gegen das Oberhaupt der katholischen Kirche nicht fehlen. Mit dem Lobe aus päpstlichem Munde sei im ersten Falle dem deutschen Kaiser die größte Schmach angetan worden; anlässlich des Berliner Pilgerzuges aber sei es eine Beleidigung des gesamten deutschen Volkes gewesen, daß Pius es von seinem hohepriesterlichen Segen ausgeschlossen habe. So reden Männer, die im Laufe des Jahres nur Hohn und Spott für den Papst und seinen Segen kennen. Es ist notwendig, an diese Begebenheit zu erinnern. Sie gibt uns den Beweis dafür, wie jede Haltung, jedes Wort des Papstes Stoff zu stets neuen Invektiven gegen Kirche, Papsttum und Katholizismus bieten müssen, aber auch ein Vorgegeschmack dessen, was zu erwarten stand, wenn sich einmal dem äußeren Anschein nach ein Grund zu wirklicher Beschwerde ergebe. Diese Handhabe bot die vielbesprochene Borromäus-Enzyklika.

Um den großen Bischof von Mailand, Karl Borromäus, aus Anlaß des Dreihundertjahrtages seiner Heiligsprechung als den Vorkämpfer der katholischen Wahrheit gegenüber den protestantischen Reformen des 16. Jahrhunderts darzustellen, konnte es — wie einleuchtend — an einer Beurteilung der ganzen reformatorischen Bewegung vor nahezu 400 Jahren nicht fehlen. Ebenso einleuchtend mußte es auch wohl sein, daß dieses Urtheil nur in katholischer Auffassung gefällt werden konnte, einer Auffassung, der sich eine vorurteilsfreie protestantische Kritik längst mehr und mehr zuneigt. Hierzu war Pius X. um so mehr berechtigt, als die Enzyklika nur an die Angehörigen der seiner Leitung unterstellten katholischen Kirche gerichtet war und nur das aussprach, was seit vier Jahrhunderten Auffassung und Anschauung jedes Katholiken und jedes Papstes ist. So mancher unserer Gegner hat mit uns die Berechtigung dessen empfunden. Man vergleiche die Worte Brausewitters im Berliner „Tag“ (Nr. 136), wenn sie auch hier mehr in tadelnder Absicht geschrieben sind: „Was hat der Papst in Rom getan? Er war ehrlich. Ehrlicher als alle seine Vorgänger. (!) Er hat endlich die Wahrheit gesagt, das nämlich, was für ihn und seine Kirche Wahrheit ist.“ Und konnte es denn anders sein? War etwa ein anderes Urtheil denkbar für ihn, der da gesetzt ist, die Schätze göttlicher Lehre rein und unverfehrt zu erhalten? Was für den Protestanten eine geistige Befreiungstat erscheint, ist dem Katholiken ein Abfall von der gottgewollten Autorität. Ein Protest dagegen mutet wie offensichtige Heuchelei und Verblendung an. Es gilt das Gleiche für des Papstes Urtheil über die protestantischen Fürsten vor 400 Jahren.

Dabei mußte noch in der Enzyklika die hohe Maßhaltung in der Wahl der Worte bei Bewertung der Reformation wohlthuend auffallen gegenüber protestantischer Beurteilung des Papsttums und der katholischen Kirche. Auch ist der Wortlaut selbst derart allgemein gehalten, so ganz ohne Hinweis oder auch nur Anspielung auf deutsche Verhältnisse oder irgendwelche bestimmte Personen, daß nur eine übelgesinnte Exegese ihn mit der Gegenwart in Verbindung bringen und von einer Beleidigung „des nationalen Empfindens“ sprechen kann. Und doch mag, wir stimmen mit Dr. Kaufen überein, (Allgem. Rundschau Nr. 25) ein noch so maßvolles und berechtigtes Urteil über den Anfang des protestantischen Bekenntnisses von so hoher, achtungsgebietender Stelle aus ein gläubiges protestantisches Herz nur schwer ertragen. Allein nach der offiziellen Versicherung des Papstes, daß ihm jede Beleidigung irgendeiner Nation oder eines Fürstenhauses fern gelegen sei, war auch hier jeder ferneren Erregung der Boden entzogen. Trotz allem mußten wir eine beispiellose, künstlich gezüchtete Verhezung erleben, bei der man vor den unwürdigsten Verdächtigungen und selbst offenen Fälschungen nicht zurückschrak. Heute muß es selbst jedem ehrlich denkenden Protestanten die Schamröte ins Gesicht treiben, wenn er ruhigen Blutes die Enzyklika mit den protestantischen Auslassungen darüber zusammenhält. Es waren nicht die schlimmsten Wendungen, wenn man von einem „Schlammregen der Schmähungen“ sprach, der in der Enzyklika über das evangelische Volk niedergegangen sei, von einer „Enzyklistaschmach“, von „Schimpfereien des Papstes“, von „cynischer Verunglimpfung“, ja von „vatikanischer Entartung“. Und das alles unter der Maske des gestörten religiösen Friedens und der Ehrenrettung der verunglimpften Reformation.

Was soll und muß denn — die Frage drängt sich ungewollt auf — dem Protestanten höher stehen Christus oder Luther? Die Antwort darf nicht zweifelhaft sein. Wann aber hat jemals aus diesem Kreise heraus eine Stimme sich erhoben, wenn Christi Gottheit geleugnet, wenn sein Lebenswerk, die Welterlösung, eine Chimäre und Lüge ist genannt worden? Und wenn vorurteilsfreie Protestanten, ein Menzel u. a., wahrlich keine Hymnen der Reformation gesungen haben, wer hat dagegen Stellung genommen? Es haben somit andere Motive der ganzen Bewegung zu Grunde gelegen, Motive, nichts weniger denn religiöser Natur, und jene mögen nicht irren, die sie auf dem Gebiete innerer und äußerer Politik zu finden meinen. Ihnen weiter nachzugehen, ist nicht unsere Aufgabe. Von größerem Belang für uns ist die Frage, wie es möglich war, derart die Instinkte einer religiösen Gemeinschaft aufzupeitschen und durch Wochen in Erregung zu halten. Es war die Macht und der weitverbreitete Einfluß des „Evangelischen Bundes“.

Den Reigen der Anfeindungen eröffnete das Vereinsorgan, die „deutsehevangelische Korrespondenz“. Sie stellte zunächst die von ihr

zitierte Stelle als Stichprobe einer Enzyklika dar, die als solche gegen die Protestanten gerichtet sein soll, in Wahrheit aber sich mit den heutigen Protestanten gar nicht, mit den zur Zeit des heiligen Karl eben nur an der angeführten Stelle befaßt. Nicht genug! Es mußten die Worte des Papstes zugkräftiger gestaltet werden, und so setzte man dem deutschen Leser an drei Stellen eine offenkundig falsche Uebersetzung vor; dazu wurden Worte der Heiligen Schrift, voll Wucht und Temperament, als Worte des Papstes ausgegeben. So war denn der Boden bereitet. Der Evangelische Bund hatte die Sturmglocke geläutet und er verstand es, der gesamten liberalen Presse Deutschlands seine Meinung und Weisung aufzutrotzen. Einen schlagenden Beweis, daß dieses Vorgehen des Evangelischen Bundes in der Tat die Hauptursache der Erregung war, bilden die übrigen Länder mit gleichfalls vorwiegender protestantischer Bevölkerung, England, Holland und Nordamerika. Von einer Verstimmung war hier nichts wahrzunehmen. Und mochte es auch in Holland am 24. Juni in der 2. Kammer zu einer Enzyklika-Debatte kommen, sie endete mit der einfachen Erklärung des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, daß es sich hier um eine ausschließlich innere Angelegenheit der römisch-katholischen Kirche handle.

Im Vatikan war man über Aufnahme und Beurteilung, welche das Rundschreiben zumal in Deutschland erfahren hatte, höchlichst erstaunt, und bevor noch die Erregung weitere Kreise gezogen, äußerte der Papst sein Bedauern darüber; niemand wünsche weniger als er ein neues Aufflammen der Leidenschaften eines Kulturkampfes in Deutschland. Und eine vatikanisch-offizielle Note im „Corriere d'Italia“ lautet: „Der Heilige Stuhl halte es nicht für angemessen, daß die katholischen Blätter auf die Polemik, welche die Enzyklika entfesselt habe, eingehen; er sei überzeugt, daß binnen kurzem die Aufregung sich legen, und die Wahrheit, daß der Papst niemanden beleidigen und nur die Bischöfe belehren gewollt, obsiegen werde. Die Gesinnungen des Papstes und des Heiligen Stuhles für die deutschen Fürsten und für das deutsche Volk seien bekannt.“ Doch alle Erklärungen vermochten nicht die Erregung zu bannen, sie wollte eben nicht gebannt sein. So brachte der 9. Juni im preussischen Abgeordnetenhaus eine Kulturkampf-Debatte großen Stiles. Konservative, Nationalliberale und Freikonservative richteten an die Regierung die Frage, welche Schritte sie zu tun gedenke, um den durch die Enzyklika bedrohten konfessionellen Frieden zu sichern. Die Begründer der Interpellationen sprachen vor einem vollen Haus. Allein trotz der mächtigen Tiraden mußte selbst das „Berliner Tagblatt“ bekennen: „Wichtig und volltönend beginnend, erstarb ihnen — nach eigenem Willen Wort und Kraft zuletzt ganz.“ Viel trug zu diesem Ausgang die bekannte Haltung des Zentrums bei.

Zur weiteren Hintanhaltung der Bewegung erging an die deutschen Bischöfe von der Kurie am 11. Juni die Weisung, eine

Verkündigung und Veröffentlichung des Rundschreibens zu unterlassen, und als dann am 13. d. M. die offizielle Antwort auf die preußische Note eintraf, erklärte sich die Regierung befriedigt, und man hätte gerechterweise glauben dürfen, daß damit nun die ganze Bewegung ihr Ende gefunden habe. Anfangs schien es auch so. Aber bald fand man, daß die optimistisch gehegten Wünsche einer vollen Zurücknahme der Enzyklika denn doch nicht erfüllt seien, daß der Papst in seiner Antwort eigentlich nicht so sehr die Enzyklika „bedauert“, als vielmehr „die durch sie hervorgerufene Störung des konfessionellen Friedens“, und die Protestbewegung setzte stärker denn vorher ein. Wie eine von mächtigem Orkan aufgepeitschte Sturzwelle wälzte sie sich über Deutschland und auch schließlich Oesterreich hin. Mit jedem Tage redete man sich mehr in Harnisch. Bei der Berliner Kundgebung vom 12. Juni im Zirkus Busch forderte man bereits Abbruch aller politischen Beziehungen zum Vatikan. Zugleich mit dem deutschen Botschafter protestierte der Vertreter Bayerns am päpstlichen Hof und König Friedrich August von Sachsen richtete aus eigenem Antrieb ein Handschreiben an den Papst. Einsichtige freilich begannen bereits vor jeder überspannten Forderung zu warnen; so das konservative Organ, die „Neue Preußische Zeitung“. In seiner Weise hat dies auch Harden in der „Zukunft“ getan:

„War's aber nötig“, schreibt er hier, „in Artikeln, Versammlungen, Interpellationen sich zu entrüsten? War's von politischer Klugheit empfohlen? Wie der Papst über die Reformatoren, deren Patrone und Anhänger denkt, als Haupt der von ihnen geschädigten Kirche denken muß, weiß jeder Wache längst. . . In West und Ost bleibt man gelassen; sagt man sich, daß solche alten Fluchformeln, mag sie ein Papst oder ein Britenkönig wiederholen, entkräftet, entwertet sind. Nur Deutschland heult in wütender Klümmernis auf, weil die Liberalen das Zentrum ärgern, die Konservativen den mißtrauischen Wählern ihr fromm eiferndes Luthertum demonstrieren wollen. Die traurige Kleinlichkeit dieses Treibens wäre hinzunehmen, wenn sich's hier nicht um einen wichtigen Gegenstand handelte. Die Pariser Republikaner haben schon lange gemerkt, daß (nach Gambettas Wort) der Antiklerikalismus kein einträglicher Exportartikel ist und daß im Orient, ohne leidliche Beziehungen zur Römerkurie, ihr Einfluß versickert; sie fangen sacht drum wieder mit den im Vatikan Mächtigen zu plaudern an. Das Königreich Italien extrahiert leise ein besseres Verhältnis zu den irdischen Heerscharen Petri. King Edward war bereit, bei der (vielleicht sehr nahen) Papstwahl für den Kardinal Rampolla zu wirken, dem nach Leos Tode der deutsch-österreichische Einspruch den Aufstieg zur Sella gesperrt hat. Und in dem Kampf der Jesuiten gegen die von Pius begünstigten Dominikaner ist jede Hilfe, auch die wider Wissen und Wollen von Regern gewährte, willkommen. Ist die Lage des Deutschen Reiches so bequem, daß es sich ohne Zwang das Papsttum verfeinden darf? Danach fragen die

Schreier und die Parteistrategen nicht; und die Regierung ist viel zu schwach, um ihnen wehren zu können. Ein bißchen Vernunft! Noch kennt ihr ja den Wortlaut der Enzyklika nicht; könnt nicht wissen, ob die ganze Speise so bitter schmeckt wie das zuerst aufgetragene Stückchen. Und hätte Pius gesprochen wie ein spanischer Landpfarrer im Zorn: deutschem Ehrgefühl kann er nichts nehmen, nichts geben. Daß er schroffe Beleidigung deutschen Wesens nicht gewollt hat, ist sicher. Kühlt die Köpfe! Wir brauchen Rom noch fürs gerade jetzt schwierige Reichsgeschäft."

Aber nicht alle gehörten zu diesen Einsichtigen, Klugen. Lediglich zur Fortführung der Hege sproßten im liberalen Blätterwald allenthalben die Interviews mit kirchlichen Würdenträgern hervor, die sich, wie jener famose Kurienkardinal des Berliner Tagblattes, gegen die Enzyklika erklärten und ihren Unwillen über das selbstherrliche Regiment des Staatssekretärs Merry del Val offenbarten. Auf katholischer Seite durchschaute man bald die Komödie. Sie zeigte zu klar, wie wenig edle Motive der Bewegung überhaupt zu Grunde lagen. Und auch das Fazit, das sich aus ihr ergeben sollte, ließ keinen Zweifel darüber. Das Präsidium des Evangelischen Bundes forderte zu einer „Anti-Borromäus-Spende“ auf, deren Zweck sein soll: Vermehrung der evangelischen Krankenpflege in der Diaspora; Förderung deutsch-evangelischer Jugenderziehung in der Ostmark; Förderung der deutsch-evangelischen Sache im Auslande, besonders im Schutzgebiete; Bau einer deutsch-evangelischen Kirche in Rom; Pflege der neu entstandenen Gemeinden in Oesterreich. Mögen die Protestanten immerhin trachten, aus der künstlichen Erregung für ihre Sache Nutzen zu ziehen, das Eine — der Bau der deutsch-evangelischen Kirche in Rom, die dazu — wie sieghaft verkündet ward — der St. Peterskirche gegenübergestellt werden soll, erlaubt auch hier den Schluß: nicht die Wahrung religiösen Friedens war der Bewegung leitendes Motiv. Es wird dies das Urteil auch der Geschichte sein.

2. Wenn auch mit positivem Christentum und kirchlichem Leben in keiner Beziehung stehend, mag doch immerhin als ein Zeichen der Zeit und der neuesten Bestrebungen des Protestantismus der „Weltkongreß für freies Christentum und religiösen Fortschritt“ unser Interesse verdienen. Zum fünftenmal tagte er, diesmal unter der Aegide des Protestantenvereines zu Berlin in den Tagen des 5.—10. August. „Freies Christentum“, wohl im Gegensatz zu unfreiem, gebundenem — gebunden durch Jesu Lehre, durch Schrift und Tradition. Dementsprechend waren auch die Teilnehmer. Neben den radikalen Vertretern des kirchlichen Liberalismus Deutschlands arbeiteten hier am „religiösen Fortschritt“ die Vertreter fast aller religiösen Bekenntnisse in und außerhalb Europas: der freigesinnte Jude neben dem Hindu, der Parse als Vertreter der Lichtreligion neben dem Japaner und Buddhisten, der sozialdemokratische Protestant

neben dem Apostaten der katholischen Kirche und dem Mohamedaner. Eine Richtung freilich war nicht vertreten und sie mag kaum vermisst worden sein: positiv gläubiges Christentum. Verschwommen und unklar wie die Parole, unter der der Kongreß tagte: „freies Christentum“, „religiöse Freiheit“, war auch die Tagung selbst, ein Sammeljurium von Fragen und Problemen, die zur Verhandlung standen. So widernatürlich auch dem Denkenden eine solche Vereinigung von sich oft genug widersprechenden und sich gegenseitig ausschließenden Bekenntnissen ist, Reichstagsabgeordneter R. Schrader versuchte in seiner Eröffnungsrede das einigende Element hervorzuheben, und er sprach von der Religion, von der Hingabe an Gott durch die freie Willenstätigkeit des Menschen, die über allen Religionen steht. „Gottes Friede“, führte er aus, „in der Religion, und zwischen den Religionen ist keine Utopie. Unsere ganze Entwicklung geht dahin. . . . Das ist ja ein Hauptstreben unserer heutigen Kultur, daß kein Gedanke, der etwas wert ist, verloren gehe, sondern viele Stellen finde, an denen er Wurzel schlagen, wachsen und sich weiter verbreiten kann.“

Drei Hauptthematata waren den Kongressisten gestellt:

1. Was verdanken die Religiös-Liberalen der anderen Nationen dem religiösen Leben und der theologischen Wissenschaft Deutschlands? 2. Deutsche Theologie und deutsche Kirche. 3. Die sympathischen Beziehungen, die zwischen den Religionsgemeinschaften und zwischen ihren verschiedenen Richtungen bestehen sollten. — Dabei waren zwischen dem 2. und 3. Hauptthema noch zehn Einzelvorträge von Ausländern eingelegt, die die verschiedenartigsten Gegenstände behandelten. Einen weiten Spielraum nahm die Besprechung der Stellung der Religion zum Sozialismus ein, und gewiß lag es in der Absicht, eine Verständigung zwischen beiden zu erzielen. Vergeblich! Während ein Redner zum Thema ein ganz neues Christentum verlangte (Gounelle, Paris), bekannte sich der holländische Pfarrer Backe samt seinen Kollegen als Anhänger der sozialdemokratischen Partei — denn der Sozialismus bereite den Weg für das Reich Gottes — und Maurenbrecher (Erlangen) stand nicht an, den Sozialismus als eine Stufe der Religion hinzustellen, freilich das Wort Religion in des Redners Sinn gefaßt. Die Ausführungen waren geradezu eine Verhöhnung jeden Christentums, und gerade ihnen spendete die Versammlung tosenden Beifall.

Unser Urteil und die Erwartungen, die wir von einem solchen Kongreß hegen, können keinem Zweifel unterliegen. Selbst protestantisch-gläubige Kreise haben sich mit Schauern von ihm abgewandt. Die „Neue Preussische Zeitung“, das Organ der Konservativen, schreibt in Nr. 366 (8. August): „Es tut not, daß mächtige positive Versammlungen auf die mancherlei Angriffe gegen das Christentum Antwort geben“, und schon am 2. September fand zu Berlin diese Protestversammlung statt, die unter der Parole stand: Der dreieinige Gott — unser Gott. Schärfer lautet das Urteil des

protestantischen Pfarrers G. Kühn im „Tag“ (Nr. 195, 21. August): „... man kann, vielleicht persönlich überzeugter Protestant, auf dem Standpunkt stehen, daß ein gläubiger Katholik oder Jude Gott näher ist als viele laue Protestanten; aber es gibt doch auch hier eine Grenze, und es fragt sich, ob wir noch in Wahrheit Christen sind, wenn wir das Christentum als eine zufällige Erscheinung, als eine Stufe in der Entwicklung des religiösen Erlebens, über die die Menschheit hinausstreben kann und soll, und nicht als den Höhepunkt betrachten, der, was die Person Jesu Christi und das biblisch begründete Christentum anlangt, schlechterdings nicht überboten werden kann. Ein Recht zur Weltmission haben wir dann allerdings nicht.“

Wichtig für den Katholiken ist die anläßlich des Kongresses auch von Modernisten offen eingekannte Tatsache, daß der heutige Modernismus trotz allen anfänglichen Leugnens nichts anderes ist als liberaler Protestantismus, wie ja auch Romolo Muri, der Vertreter der italienischen Modernisten, Teilnehmer an der Berliner Tagung war. Damit zeigt sich uns die letzte Enzyklika des Papstes in ganz neuem Lichte und wir begreifen um so mehr das in ihr über beide, über Protestantismus und Modernismus, gefällte Urteil und die Erinnerung an die zwischen beiden bestehende Wechselwirkung. Dem abgefallenen italienischen Priester Salvatore Minocchi verdanken wir das wertvolle, uns durchaus nicht neue Geständnis. Er schreibt im *Giornale d'Italia*: „Die modernistisch gesinnten Katholiken sind auf ihrem Platze in einem protestantisch-liberalen Kongreß. Denn was man bei den Katholiken Modernismus nennt, ist der Ausdruck eines wissenschaftlich-religiösen, wesentlich protestantischen Lebens. In der Tat ist der Modernismus nur der Versuch, die christlichen Traditionen mit den wissenschaftlichen und sozialen Forderungen einer Epoche in Einklang zu bringen, die gebieterisch nach einem vom früheren verschiedenen Leben zu leben wünscht. Der größte Modernist war Luther, und der wahre Modernismus ist die protestantische Reform des 16. Jahrhunderts in den angelsächsischen Nationen“. Den Schluß des Kongresses bildete eine Wartburgfeier, bei deren Ankündigung die konservative Kreuzzeitung sich des Rufes nicht erwehren konnte: „O armer Luther, was würdest du zu diesem Religionskongreß gesagt haben?“ Und wir fragen: Was erst Christus zu diesem „freien Christentum“?

3. Noch jederzeit hat Frankreich einen großen Einfluß auf die übrigen, speziell die lateinischen Nationen ausgeübt. Als deshalb der Bruch mit dem Vatikan erfolgte, und die Trennung der Kirche vom Staate war durchgeführt worden, konnte man bei so manchem eine gewisse Geneigtheit zu ähnlichem Vorgehen deutlich wahrnehmen. Es mußte nur zur Einleitung der französisierenden Richtung der rechte Mann sich finden und ihm die Leitung der Regierung in die Hand gegeben werden. Für Spanien fand sich der Mann. Maura, der konservative, fähige und durch und durch königstreue Ministerpräsi-

dent, trat — heute ist es bekannt — als ein Opfer seiner dynastischen Treue von der Leitung der Regierung zurück; Moret, sein liberaler Nachfolger, hat es nicht verstanden, die auf ihn gesetzten Hoffnungen seiner Partei zu erfüllen, sich dazu viel zu weit mit den Republikanern eingelassen und trauernd klagt er noch heute über seinen raschen Sturz und seine nur hunderttägige Regierung. Ueber beide schreitet kühn der heutige Leiter der spanischen Regierung hinweg.

Es ist wahr, Canalejas selbst will nach seinem Geständnis kein ausgesprochener Kirchenfeind sein. Allein sein politisches Vorbild ist Waldeck-Rousseau, und er setzt anscheinend seinen Ehrgeiz darein, mit so manchem kirchenfeindlichen Gesetz eine Erinnerung an seine Präsidentschaft zu hinterlassen. Um den herrschenden Parteien sich gefällig zu erweisen, den Liberalen und Revolutionären, gebärdet er sich revolutionärer als er tatsächlich ist und sucht beiden vorzuspiegeln, daß sich in Spanien das wiederholen werde, was beim gallischen Nachbarn bereits sich vollzogen hat. Dabei hat Canalejas die Fäden der Regierung längst nicht mehr in Händen. Die Leiter derselben sind „der Ausschuß des republikanisch-sozialistischen Kartells“ und vor allem Moya, der allmächtige Direktor des Zeitungssyndikates. Er vor allem ist der eigentliche Leiter der antireligiösen Bewegung in Spanien; sein Werkzeug ist mit Wissen und Willen Canalejas, der uns im übrigen als ein Politiker von anerkannt staatsmännischer Bedeutungslosigkeit geschildert wird, und den nur seine Vergangenheit, die ihn als den geeignetsten Kirchenstürmer erscheinen ließ, zu seiner heutigen Stellung emporgehoben hat. Was vollends der Pariser „Gil Blas“ von dem Charakter dieses Mannes jüdisch-portugiesischer Abstammung berichtet, über sein Strebertum usw., mag hier übergangen werden. Uns interessiert vielmehr jene Feststellung: „Er schien nie für strenge Prinzipien zu schwärmen; entsprechend seiner Zuhörerschaft wechselt er seine Worte und preist mit derselben Beredsamkeit und derselben Energie das große Werk der Mönche und die Notwendigkeit, den Klerikalismus aus der Welt zu schaffen.“

Viele Umstände wirkten dahin, daß der Kirchenkampf so heftig auslodern konnte. Zunächst fehlt es seit langem den Katholiken, ähnlich wie in Frankreich, an der gehörigen politischen Einheit und Geschlossenheit. Abgesehen von jenen, die der liberalen Partei angehören, sind sie in vier Lager geteilt, von denen zwei, Karlisten und Integristen, ein extrem religiöses Programm, erinnernd an die Zeiten des Mittelalters, vertreten, während die „Unabhängigen Katholiken“ die jetzige Staatsform anerkennen, die Konservativen aber, der extremen Richtung der ersteren zu entgehen, vielmehr den Liberalen sich nähern. Alle diese Parteien bekämpfen sich heftig, und so ist an eine tatkräftige Arbeit nicht zu denken zum Unsegen des katholischen Glaubens, den alle bekennen. Auch das Königshaus hat seinen Teil an dem kirchlichen Konflikt. Richtig bemerkt hiezu die „Kölnische Volkszeitung“ (Nr. 634, 30. Juli): „Bei dieser Gelegen-

heit mag es gesagt sein, daß der König nicht bloß oder hauptsächlich aus konstitutioneller Gesinnung der jeweiligen Regierung freies Spiel läßt. Es liegt ihm überhaupt, die Dinge laufen zu lassen, und wenn sie jetzt so laufen, daß Canalejas sich zufrieden erklärt, so hat darauf, wie man jetzt immer öfter lesen kann, auch die Tatsache Einfluß, daß die protestantische Schwiegermutter die katholische Mutter abgelöst hat.“ Noch mehr! Was man heute in Spanien beabsichtigt, ist Einschmuggelung des englischen und deutschen Protestantismus. Ob hierbei die vom Anglikanismus konvertierte Königin ihre Hand im Spiel hat, möchten wir am liebsten natürlich verneinen, mag es auch nicht an Stimmen fehlen, die das Gegenteil behaupten. Die „Neue Züricher Zeitung“ steht nicht an, ihren Lesern mitzuteilen: „Es scheint uns, daß die Königin, unähnlich anderen Renegatinnen, ihre protestantische Vergangenheit doch nicht vergessen hat, auf den König in liberalem Sinn ihren Einfluß geltend macht und ihn gegen die klerikalen Einflüsse stärkt.“ Nehmen wir hinzu den Einfluß der kosmopolitischen Sekte der Freimaurer, deren Zentralsitz zu Paris längst daran arbeitet, die Flammen des Kulturkampfes auch in Spanien zu entfachen, und wir erkennen, daß der Boden für einen Canalejas wohl zubereitet war.

Noch eine Frage bleibt zu lösen, bevor wir an die Darstellung des eigentlichen kirchlichen Konfliktes gehen. Verrät nicht die Haltung der seitherigen spanischen Gesetzgebung mit ihrer Beschränkung der äußeren Kulthandlungen anderer als des katholischen Bekenntnisses eine Rückständigkeit, die gerade in unseren Tagen allgemeiner Toleranz doppelt mißverständlich ist? Auch der Univers hat sich die Frage gestellt und die im ganzen zutreffende Antwort gegeben (27. und 28. Juni): „Ehe man an dieser spanischen Toleranz Aergernis nimmt, mache man einen Besuch in gewissen protestantischen Ländern, in Sachsen, Mecklenburg u. a., in denen die Katholiken sich noch heute unter Ausnahmegesetzen gestellt sehen, die nicht etwa nur die Russen, nein selbst die Alttürken beschämen müßten. Und doch, welcher Unterschied zwischen diesen protestantischen Ländern und Spanien! Während letzteres niemals protestantisch war, waren Sachsen, Mecklenburg und Preußen ehemals rein katholische Länder, die erst im Glaubensabfall protestantisch geworden sind. Das Geringste, was man von ihrer Hochherzigkeit und Toleranz wohl hätte erwarten dürfen, wäre gewesen, die katholisch Geblienen im Genuße ihrer überkommenen Freiheiten zu belassen. Es geschah nicht. Sie wurden entrechtet, vernichtet im Namen des freien Evangeliums.“ Man wird diesen Worten des führenden französischen Blattes nur zustimmen müssen.

Neben dem religiösen Standpunkt hat die seitherige Haltung Spaniens auch noch aus politischen Gründen ihre Berechtigung. Für dieses durch und durch einheitlich katholische Land nimmt eine protestantische Propaganda geradezu den Charakter eines anti-nationalen Attentates an. In der Tat! Was hat nicht Spanien

durch die Ausbreitung des Protestantismus schon gelitten und eingeübt? Man erinnere sich an die reichsfeindliche Haltung der eben neu entstandenen Protestanten unter dem Spanier Karl V.; an die Vörsreibung Hollands von Spanien; an seine Bekämpfung durch den protestantischen Rivalen England unter Königin Elisabeth bis an den Verlust der südamerikanischen Besitzungen in unseren Tagen und man wird es begreiflich finden, daß sich das spanische Volk durch all die letzten Jahrhunderte selbst aus politischen Gründen gegen jede religiöse Propaganda verwahrte, die hier nur zu leicht zu einer politischen Gefahr werden konnte.

Halten wir uns alle diese Gesichtspunkte vor Augen und wir werden die Bewegung, die heute den spanischen Episkopat und das glaubens- und königstreue Volk erfaßt, verstehen. Religion und Vaterlandsliebe sind bei dem Widerstand gegen jede liberalisierende Richtung das treibende Element.

Die letzten Wahlen in Spanien (8. Mai d. J.) haben der liberalen Richtung unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Don José Canalejas y Mendez die Mehrheit gegeben. Ob des eigenartigen Wahlmodus und unerhörter Wahlkorruption ist damit durchaus kein Rückschluß auf die Gesinnung der Bevölkerung gestattet. Nach Vereinbarungen, wie sie die beiden Regierungsparteien (Ablösungsparteien = los dos partidos turnantes) mit einander treffen, fallen in der Regel die Wahlen nach dem Willen der Regierung aus. (Allgem. Rundschau, Nr. 22. München 1910.) Gestützt auf diese Mehrheit, sucht nun Canalejas, unter dem Vorgeben, mit dem Vatikan wegen Abänderung des Konkordates zu verhandeln, die ihm von Paris und neuerdings auch von England inspirierte Politik zur Durchführung zu bringen, die ihr Vorbild in der Politik der 3. französischen Republik erblickt, deren Ziele wir täglich vor Augen haben: Nechtung der Religion, Maßregelung der Kirche, Verdrabung und Vertreibung der Orden, in letzter Linie Vorbereitung des Volkes für den Atheismus und für die Revolution, Ziele, die in der Sprache Canalejas lauten: „Das Vaterland aus dem Joche des Klerikalismus befreien und auf die Bahn des geistigen und wirtschaftlichen Fortschritts führen.“

Um die Probe auf seine radikale Gesinnung zu machen, veranlaßte der Ministerpräsident — von seinen liberalen Parteifreunden dazu gedrängt — am 9. April den jungen König, durch ein Dekret (real Orden) zu erklären, daß in Zukunft auf die religiösen Institute das königliche Dekret vom 9. April 1902 anzuwenden sei, d. h., daß sie unter scharfe staatliche Kontrolle zu stellen wären. Dazu ließ er am 10. Juni König Alfons das bekannte Dekret unterfertigen, das, entgegen der Staatsverfassung, den „nicht katholischen Sekten“ für die Zukunft gestattete, ihren Kultus und ihre Kultgebäude durch öffentlichen Anschlag und Abzeichen bekannt zu machen. Nach den ohnehin zahlreichen, zu Gunsten Andersgläubiger

gemachten Ausnahmen (es bestehen nach protestantischem Zeugnis bereits 200 „Tempel“ und gegen 200 protestantische Schulen) wäre die neue Interpretation des Artikels 11 von geringerer Bedeutung gewesen. Viel wichtiger war die damit eingeschlagene Richtung in der Kirchenpolitik. Gewiß unser moderner Zeitgeist hätte eine Reform des Konkordates verlangt, aber nur in Übereinstimmung mit dem Vatikan, und es geht nicht an, die von Canalejas willkürlich vorgenommenen Aenderungen als reine Staatsangelegenheiten zu bezeichnen. Die Kurie unterließ es deshalb auch nicht, gegen die neue Auslegung des § 11 der Staatsverfassung als eine Verletzung des Konkordates entschieden zu protestieren. Auch Episkopat und Volk faßten von Anfang an die eingeleitete Situation überaus ernst auf. Den gemeinsamen Protest der Bischöfe unter Führung des Kardinals Aquirre bezeichnete freilich Canalejas am 11. April als einen unzulässigen Eingriff in die Verhandlungen zwischen Regierung und Vatikan. Aber selbst liberal-radikale Blätter wie *l'Heraldo*, der lange auf Seite des Ministerpräsidenten gestanden, mußte die Berechtigung des bischöflichen Protestes anerkennen, lobte dazu die würdige, patriotische Sprache und bemerkte schließlich: „Die Bischöfe haben recht. Unser Königreich hat gegenwärtig die Heilung der Wunden früherer Verluste, kräftige, wirtschaftliche Reformen unter Mithilfe des gesamten Volkes nötig. Kirchenpolitische Reformen dürfen zunächst nicht in den Vordergrund gestellt werden, wir haben Wichtigeres zu tun.“ (24. Mai.) Leider zeigte Maura, der Führer der Konservativen, nicht jene feste Haltung, wie die neue Richtung sie gefordert hätte. Seine Erklärung in Bilbao, die Partei werde sich dem religiösen Streite völlig fernhalten, war der Sache des Glaubens wenig dienlich.

Canalejas verfolgte indessen die eingeschlagene Bahn weiter. In der Thronrede ließ er den König die Superiorität des Staates über die Kirche proklamieren. Bezüglich des Unterrichtes mußte er erklären, daß die Regierung, auf dem Prinzip der Gewissensfreiheit stehend, bemüht sein werde, die Schule vor jeder dogmatischen Beeinflussung zu bewahren, mit anderen Worten, daß Spanien die Laienschule, die neutrale Schule, im Namen der Gewissensfreiheit erhalte. Wie das katholische spanische Blatt „*Univeriso*“ betont, wird gerade an diesem Punkte die ganze, jetzt eingeleitete Politik scheitern; die machtvollen feinerzeitigen Kundgebungen scheinen es beweisen zu wollen.

Wirklich erregte die Thronrede in ganz Spanien einen Entrüstungsturm unter den Katholiken, der Begeisterung und frohen Erwartung unter den Kirchenfeinden. „Die Vöge, schreibt *El Correo espanol*, eines der bestkatholischen Blätter, triumphiert, der Protestantismus frohlockt, die Revolution erscheint berechtigt, nur die Katholiken sind in Trauer. Herr Canalejas hat durch den Mund seines Souveräns den spanischen Katholiken den Fehdehandschuh

hingeworfen, und als Katholiken und Patrioten heben wir ihn auf. Denn die Thronrede ist ein mächtiger Trompetenstoß, der alle revolutionären Kräfte zum Kampfe aufgerufen hat." Immer lebhafter wurde die Beunruhigung des Volkes; es kam zu bedeutungsvollen Protestkundgebungen, deren wirksamste vom Zentralverband der katholischen Vereine ausging. Auch dem Papste wurde ein feierlicher Protest überreicht, in dem wir die männlichste Worte lesen:

„Nachdem der Zentralverband der katholischen Aktion im eigenen Namen und in demjenigen der von ihm vertretenen Vereine feierlichen Einspruch bei der Regierung erhoben gegen die Maßnahmen und Pläne, mit denen sie, ihre augenblickliche Macht benutzend, gegen die Freunde und Verteidiger des Thrones eine Politik betreibt, welche deren heiligste Gefühle verletzt, indem sie mit der Formel des Friedens und der Eintracht bricht, die vor mehr als dreißig Jahren die ein Jahrhundert dauernde Periode religiösen Streites schloß, und indem sie Spanien die selbstmörderische Richtung aufzuzwingen sucht, dank welcher die lateinischen Rassen an ihrem eigenen Niedergang arbeiten, wendet er sich an den Heiligen Stuhl, um im Namen der spanischen Katholiken zu beteuern, daß wir wachen werden für die Verteidigung der heiligen religiösen Grundsätze und widerstehen werden dem Uebel, das unsern kostbaren Schatz bedroht, überzeugt, daß wir so nicht nur für unser materielles Wohl, sondern auch für die Eintracht und den Frieden unserer Familien, für das wahre Wohl und den Ruhm unserer ganzen Nation arbeiten.“

Auch die Bischöfe erhoben gegen die Bestimmungen bezüglich der Kultusfreiheit einen neuen Einspruch, in dem es heißt:

„Das Volk will Frieden und Brot; man kann seinen Hunger nicht mit einer mehr oder minder starken Dosis Antiklerikalismus stillen. Es wäre traurig, wollte man, nachdem es durch seine friedliche Arbeit die Wunden des Vaterlandes hat vernarben lassen, in seinem Schoße die Zwietracht schüren. Aus Liebe zum Vaterlande, dem, wie wir ja nicht zweifeln, die Regierung durch all ihre Handlungen nützen will, erlauben wir uns ebenso achtungsvoll wie dringend zu bitten, die Regierung möge dem nationalen Willen Rechnung tragen, der sich nachdrücklich gezeigt hat, als man im Parlament den Vereinsgesetzentwurf einbrachte. Weil wir einst vor dem Richterstuhl Gottes und vor demjenigen der Geschichte zu erscheinen haben, halten wir es für unsere Pflicht, uns zu Dolmetschern der wahren öffentlichen Meinung zu machen.“

Die Protestkundgebungen umfaßten alle Werke sozialen und wirtschaftlichen Charakters, Genossenschaften, Konsumvereine, Sparkassen, Versicherungen, Kreditverbände, mit einem Worte: es war ein Ausdruck der Unzufriedenheit der sozialen und wirtschaftlichen Kräfte des Landes, gegen die ein Ministerium wohl nicht allzulange regieren kann. Freilich, von der ferreristischen Presse wurden sie ent-

weder totgeschwiegen oder verächtlich gemacht, wie jene herrliche Rundgebung der 200000 spanischen Damen. An Gegenrundgebungen fehlte es gleichfalls nicht. Republikaner und Sozialisten veranstalteten am 3. Juli eine solche in Madrid, an deren Spitze die liberalen Parteiführer schritten.

Am 8. Juli verlas Canalejas im Senat den Entwurf zum sogenannten Gesetz Cadenas, das die Niederlassung neuer religiöser Gesellschaften untersagt, so lange nicht die Verhandlungen mit dem Vatikan zu Ende geführt seien. Von nun an folgte Schlag auf Schlag gegen die katholische Ueberzeugung des Landes. In Asturien schloß er eine Reihe katholischer Schulen und gestattete die religionslose Laienschule; brachte im Senat den Gesetzentwurf zur Abschaffung des religiösen Eides ein; zur Beseitigung der kirchlichen Ehe für alle jene, die sich nicht ausdrücklich als katholisch bekennen; zur Einführung einer Steuer von 18 Prozent auf alle Stiftungen von Seelenmessen und Jahresgedächtnissen. Die liberale Presse auch außerhalb Spaniens begrüßte alle diese antikirchlichen Maßnahmen enthusiastisch, wohl in der ausgesprochenen Erwartung, daß es ernstlich zu einem Bruche mit Rom kommen werde, und gerne ließ sie dem Ministerpräsidenten ihre moralische Unterstützung zuteil werden. Worte wie diese: „Dadurch, daß Canalejas die wirksame Unterstützung aller linksstehenden Elemente verlangt und erhält, wird seine moralische Pflicht, nicht umzufallen, sondern im Gegenteil auf dem einmal betretenen Wege fortzuschreiten, nur um so größer“, zeigen zu klar, wohin die Wünsche gingen.

Kam es wirklich zum beabsichtigten Bruche, so mußte natürlich die Schuld der Kurie zugeschoben werden. Deshalb die Klagen in der Öffentlichkeit über die intransigente Haltung des Vatikans. Rom blieb die Antwort nicht schuldig.

„Seitdem in Spanien, lautete ein offizielles Communiqué, die Rechtsfrage der Orden und Kongregationen aufgetaucht ist, haben einzelne Zeitungen unrichtige Notizen über die Dispositionen des Heiligen Stuhles gebracht und diesem unversöhnliche Härte vorgeworfen, als wenn er jedem verständigen Ausgleich systematische Weigerung entgegensetze. Wir sind dementsgegen ermächtigt, zu erklären, daß der Heilige Stuhl sich gegenüber dem gegenwärtigen spanischen Kabinett nicht minder als wie dem früheren wichtigen Zugeständnissen günstig gestimmt gezeigt hat. Wir erwähnen unter anderem: Einschränkung der Ordenshäuser; Aufhebung aller, die weniger als zwölf Insassen haben, mit gelegentlichem Ausnahmen; die Verpflichtung, die amtliche Genehmigung für die Eröffnung neuer Häuser einzuholen; die Unterwerfung der Kongregationen unter die Staatssteuerpflicht, die auch auf den anderen juristischen Personen oder spanischen Untertanen lastet; den Zwang für Ausländer, die Orden oder Kongregationen mit vom Staate anerkannter juristischer Persönlichkeit zu gründen beabsichtigen, sich

zuvor, gemäß den bürgerlichen Gesetzen, auch im Staate naturalisieren zu lassen. All das zeigt die wohlwollende Gesinnung des Heiligen Stuhles gegen Spanien in hellem Lichte und beweist zugleich, wie unkorrekt und ungerecht es vonseiten der Regierung wäre, einseitige Maßnahmen in der Angelegenheit der Orden und Kongregationen zu treffen, die ihrer Natur nach eine religiöse Angelegenheit und gegenwärtig Gegenstand von Verhandlungen zwischen den beiden Mächten ist, gleich als wenn die Haltung des Heiligen Stuhles jeden billigen Ausgleich verhinderte."

Der Abgrund, dem der Ministerpräsident durch die Einleitung einer Politik, die selbst die "Times" „maßlosen Antiklerikalismus" nannte, zustrebte, ohne ihn sehen zu wollen, ward plötzlich durch die verbrecherischen Drohungen der Sozialisten und Republikaner, besonders des Abgeordneten Iglesias, so grell beleuchtet, daß er nicht mehr verborgen bleiben konnte. Unwillkürlich machte Canalejas halt. Mehrere Tage flossen ihm Versöhnungsphrasen von den Lippen, mit denen er sich freilich die Ungnade seiner seitherigen Freunde zuzog, denn jetzt schien es mit einer „kraftvollen" antiklerikalen Politik nichts zu werden. Ein Entrüstungssturm ging los, den auch die deutsche Presse teilte.

Man beachte die Ausführungen der „Kölnischen Zeitung" vom 6. Juli: „Die . . . Bemerkung des Ministerpräsidenten, daß er ein Gegner jeder Verfassungsveränderung sei, verbrämte er gestern in einer Rede, womit er die Erörterung des Senats über die Thronrede zusammenfaßte, noch mit allerhand Lobsprüchen auf die religiösen Orden. Es käme ja außerdem auf einige tausend Mönche und Nonnen mehr oder weniger nicht an. Von einer Ausweisung könne natürlich keine Rede sein. Trennung von Staat und Kirche und eine religiös neutrale Schule sei ein Unding. Der Priester müsse immer Zutritt zur Schule haben. Der Unterricht müsse religiös sein, allerdings ohne Dogmatismus und ohne religiöse Unduldsamkeit. Die Rede zeichnete sich durch die seltsamsten Widersprüche aus; aber der größte ist zweifelsohne der zu seinem eigenen früheren Verhalten, als er sich von Sagasta trennte, weil dieser nicht rasch genug ein Gesetz gegen die Orden einbrachte. Kurz, man wird aus dem Premier nicht mehr klug, und die Enttäuschung über seine sonderbaren Schwankungen und Drehungen gerade in dem Augenblick, oder richtiger von dem Augenblick ab, wo breite Volksmassen ihm ihr Vertrauen aussprechen, tritt klar zutage."

Die Verherrlichung der Revolution und des Ferrer-Kummels in der Cortesdebatte zu Barcelona gab der konservativen Partei Gelegenheit, durch ihren besten Redner, den Exminister Lacierva, eine gründliche Abrechnung mit der extremen Partei zu halten. Den Höhepunkt erreichte die Rede, als sie, auf die vorausgegangene Rede des Sozialisten Iglesias anspielend, ausführte: „Wir haben in diesem Saale davon reden gehört, daß sogar ein Attentat uns

verhindern sollte, wieder die Regierung zu übernehmen. Wenn diese Drohung sich eines Tages verwirklichen sollte, würde unser Tod ein höchst rühmlicher sein, denn wir würden dem Vaterland ein Beispiel, unseren Söhnen einen Namen und unvergänglichen Ruhm hinterlassen.“ Die Szene der Begeisterung, wie sie nun die Kammer erlebte, hat sich noch selten dort abgespielt. Die Sitzung mußte aufgehoben und die Fortsetzung der Rede auf den nächsten Tag verschoben werden.

Inzwischen hatte sich der Umschwung in Canalejas immer mehr vollzogen. Der radikale „Imparcial“ konnte schreiben: „Der Geist Mauras, des konservativen Führers, scheint das Präsidium der Ministerbank im Kongreß zu beherrschen. Angesichts der Uebereinstimmung mit dem konservativen Führer in so vielen Dingen, in dem Beifall des Ministerpräsidenten für den konservativen Lacierva, in der Mahnung an die Presse, sie solle über die inneren Verhältnisse Spaniens nicht internationale Konflikte heraufbeschwören, in der Sprache wegen der Amnestie (die Canalejas bekanntlich ablehnte) und zu noch mehreren Gelegenheiten erscheint es zweifelhaft, ob Canalejas an der Spitze der Regierung steht, oder ob Maura die Geschicke des Landes leitet.“ Welch eine Schwenkung setzen solche Worte nicht voraus!

Aber freilich: „Die Geister, die ich rief . . .“ Canalejas war, wir deuteten es bereits an, nicht mehr Herr der Bewegung. Es sollte für ihn eine neue Mahnung geben. Die Blutrede Pablo de Iglesias, daß selbst mit einem Morde ein Konservativer an der Leitung der Regierung verhindert werden mußte, hatte ihre Früchte getragen. Auf den Führer der Konservativen Maura ward ein Attentat verübt, das nicht so ernst verlief, als es geplant war. Den Ferrerergönnern kam die blutige Tat höchst ungelegen, und man war bemüht, den Täter als ein Produkt des „Geistesdruckes hinzustellen, den die Klöster in Spanien ausübten“, während er doch ein Kind der ferreristischen Schule war. Für Canalejas war es eine ernste, leider vergebliche Mahnung zur Umkehr. Sein Streben, sich vor der Welt zu rechtfertigen, verleitete ihn den Pressevertretern gegenüber zu immer neuen Angriffen und Anschuldigungen des Vatikan. Auf einem Bankett zu San Sebastian leistete er sich wohl das höchste: „Die Liberalen Spaniens, äußerte er sich hier, liefern heute ihren letzten Kampf. Wir rechnen auf die Armee und auf die Mehrheit der Kammer. Der von uns unternommene Kampf ist nicht antireligiös, sondern nur antiklerikal. Er schließt keine Verfolgung des alten Glaubens in sich. Es geht nicht an, daß im 20. Jahrhundert keine Gewissensfreiheit bei uns bestehe. Armes Spanien! Wenn wir unterliegen, würde das deinen Verfall bedeuten. Spanien soll aber nicht unterliegen, sondern auf der Höhe der anderen Nationen stehen. Die Regierung übernimmt die Verantwortung dafür, daß Spanien der Reaktion entriffen werde. Sie hat

das Vertrauen des Königs und wird Spanien retten trotz allem und gegen alle.“ Bei solcher Sprache und Stimmung des Leiters der Regierung darf es nicht wundernehmen, wenn die Kurie nicht ferner mehr der Spielball der Launen dieses Mannes sein wollte. So erfolgte denn am 28. Juli eine Note des Vatikans, in der nach dem „*Osservatore Romano*“ erklärt wurde, daß der Heilige Stuhl sich weigere, die Verhandlungen fortzusetzen, wenn die spanische Regierung fortfahre, einseitige Entscheidungen über Materien zu treffen, die noch Gegenstand der Verhandlungen seien. Der Heilige Stuhl habe das Recht und die Pflicht, seine Autorität zu wahren und könne nicht dulden, daß im Gegensatz zu den elementarsten Gesetzen diplomatischer Korrektheit die spanische Regierung, wie durch das sogenannte Sperrgesetz, in Fragen, die noch Gegenstand der Verhandlungen seien, Maßnahmen treffe, die die religiösen Orden außerhalb des gemeinen Rechtes stelle. Der Heilige Stuhl könne also nicht unversöhnlich genannt werden; er sei vielmehr einzig und allein für seine Würde und die wichtigsten Interessen der Kirche besorgt.

Wie gerechtfertigt diese Note der Kurie war, möge noch einmal eine kurze Zusammenfassung des Verhaltens zeigen, das Canalejas seither Rom gegenüber an den Tag gelegt hatte. Unter dem Vorwande, mit dem Vatikan über die Regelung der Ordensfrage zu verhandeln, gleichzeitig auch die Frage über Aenderung des Konkordates zu betreiben, veröffentlichte er 1. das bekannte Dekret zu Gunsten der nichtkatholischen Kulte, das sowohl gegen die Konstitution wie gegen das Konkordat verstieß; 2. er veröffentlichte und setzte ein 1902 gegen die Klöster geschaffenes Gesetz in Kraft, das bis dahin niemals in Übung gekommen war; 3. er ließ den König die bekannte Thronrede halten; 4. er legte dem Senate das Projekt vor, jedes neu zu errichtende Kloster zu untersagen bis zur definitiven Regelung des gegenwärtigen Vereinsgesetzes. Gewiß ein Vorgehen, das jedem diplomatischen Anstande Hohn spricht und nachgerade eine päpstliche Verwahrung herausforderte. Als sie erfolgte, bot sie dem Ministerpräsidenten eine willkommene Handhabe zum offenen Bruche. Die Note des Vatikans, so betonte er, kann nur eine Antwort erfahren. Es hieße für die spanische Regierung sich der tiefsten Erniedrigung preisgeben, wollte sie überhaupt diese Note zum Gegenstand von Unterhandlungen machen. So wurde denn die Antwort im Beisein des Königs festgesetzt und dem spanischen Gesandten zugleich mit seiner Abberufung zur Ueberreichung mitgeteilt, freilich nicht ohne eine neue Brüstierung des Vatikans. Entgegen allen diplomatischen Gebräuchen war die Note, noch ehe sie dem Vatikan bekannt war, bereits in spanischen Blättern zu lesen, und so sehr ward die Abreise des Botschafters E. de Dajada y Perpignan beeilt, daß es ihm unmöglich war, davon persönlich dem Kardinal-Staatssekretär Mitteilung zu machen. War auch der

Bruch kein vollständiger, sondern Botschaftsrat Marquis Gonzalez zur weiteren Vertretung bevollmächtigt, so waren damit doch die Verhandlungen in ein neues Stadium getreten.

Die Nachricht hievon erregte allenthalben hohe Sensation. Im Vatikan war man peinlich davon berührt, hatte man auch die Sache sich langsam dahin entwickeln sehen. Auch jetzt hielt man an der Anschauung fest, daß Canalejas den Bruch gewollt habe. Die letzte diplomatische Ungezogenheit desselben konnte in dieser Annahme nur befestigen. Die Gegner frohlockten; Canalejas war wieder zu Gnaden gekommen. Das glaubenstreue spanische Volk aber geriet in mächtige Erregung. Zahllose Telegramme sprachen dem Heiligen Vater das Beileid und die Mißstimmung über des Ministerpräsidenten Vorgehen aus. Zu San Sebastiano ward für den 7. August eine Riesendemonstration geplant, in der das Land sich gegen Canalejas erklären wollte. Doch dieser fand es für gut, die Demonstration zu untersagen und, um dem Verbote mehr Nachdruck zu verleihen, konfignierte er zahlreiches Militär aller Waffengattungen. Es war die größte Canalejas bis jetzt widerfahrene Niederlage gewesen. Stolz hatte er bis dahin auf die wenigen „Rückständigen“ herabgeblickt; jetzt, da sich der wahre Wille des Volkes offenbaren wollte, mußte Militär, viel Militär aufgeboten werden. Um einigermaßen die Schande zu verhüllen, verbreitete Canalejas selbst die albernsten Märchen. Er redete von Dolchen und Revolvern, die von der Geistlichkeit dem Volke sollen ausgeteilt worden sein, von Waffenlagern, die in den Klöstern entdeckt wurden. Kein Einsichtiger wird es geglaubt haben, wenn auch zugegeben werden muß, daß die Karlisten die Gelegenheit zu benutzen suchten, um gegen das Königshaus zu demonstrieren und sich die kirchenfeindliche Stimmung der gegenwärtigen Regierung zu nutzen zu machen.

In einer letzten Note verharrete die Kurie auf ihrem seither eingenommenen Standpunkte, und da auch die Antwort der spanischen Regierung kein Entgegenkommen verriet, wird der große Kampf einstweilen in der Schwebe verbleiben bis zur Eröffnung der Cortes im Oktober, da in ihr die Debatten über den kirchenpolitischen Streit auf Grund der angekündigten Regierungsvorlagen beginnen sollen. Ob die Mehrheit alsdann die Haltung der Regierung billigen wird, bleibt abzuwarten. Die Katholiken aber sind entschlossen, im Kampfe wider das kirchenfeindliche System nicht nachzulassen. Ganz Katalonien, schreibt die „Augsb. Postz.“, steht augenblicklich im Zeichen der Aplechs, das sind Versammlungen mehrerer Dörfer, in denen religiöse Fragen behandelt werden. So ist man entschlossen, die Propaganda in ganz Spanien fortzusetzen, Juntas für die Verteidigung des Katholizismus zu bilden und neue politische Organisationen zu schaffen. Wie aus Madrid gemeldet wird, will die Regierung sie, „soweit sie gesetzlich sind“, gestatten, wohl aber scharf überwachen. Hoffentlich kommen sie zustande. Werden sie dann aus-

gebaut und arbeiten sie energisch, so dürfte die Kirchenpolitik Spaniens bald wieder in andere, friedlichere Bahnen lenken.

Nicht viel anders lautet eine aufsehenerregende Erklärung Torecillas, des Majordomus Alfons XIII. Nach ihr wird der volle Bruch mit dem Vatikan im Oktober unvermeidlich werden, und er wird zu ernststen Komplikationen am Hofe führen. Nur die Aussicht bleibt offen, es werden die politischen Ereignisse sich derart gestalten, daß sich das Ministerium Canalejas nicht allzulange mehr zu behaupten vermag.

Bericht über die Erfolge der katholischen Missionen.

Von Professor Peter Kittliko in Ried (D.-De.).

In einer Resolution des Augsburger Katholikentages wurde an den Klerus die dringende Bitte gerichtet, durch allseitige Aufklärung des Volkes, auch der gebildeten Stände, das Interesse für die katholischen Missionen wachzurufen und zu erhalten. Diese Aufklärung soll schon in der Schule beginnen, soll dann vertieft werden durch Predigten und Vereins-Vorträge und soll endlich ihren praktischen Abschluß in der Bildung von Missions-Vereinen, beziehungsweise Missions-Sektionen finden. Diese Vereine dürfen aber nicht bloße Sammel-Vereine sein, wie es bis jetzt vielfach der Fall war, sondern sie sollen Zentren werden, an denen sich das Feuer der Begeisterung für die Missionen entzündet, denn der Missionsgedanke muß, wenn wirklich Ersprißliches geleistet werden soll, das ganze Volk ergreifen und zu werktätiger Mithilfe begeistern.

Soll der Wunsch des Katholikentages in Erfüllung gehen, dann muß wohl in Zukunft viel mehr über die Missionen gesprochen und gepredigt werden. Das wird aber nur dann möglich sein, wenn den Rednern, Katecheten, Predigern, Präses usw. diesbezügliche Anleitungen, beziehungsweise Themen-Sammlungen zur Verfügung stehen. Es wird daher eine wichtige Aufgabe der nächsten Zeit sein, für die Herausgabe einer gründlichen, alle Gebiete umfassenden Missionsgeschichte Sorge zu tragen. Bis dahin wird der Prediger und Redner seine Kenntnisse aus verschiedenen Artikeln des Kirchenlexikons, aus den Werken von Hahn, Streit, Schwager usw. und ganz besonders aus den Missions-Zeitschriften der einzelnen Genossenschaften schöpfen müssen.

Einzelne dieser Zeitschriften, namentlich die „Freiburger Katholischen Missionen“, sind eine wahre Fundgrube für jeden Missionsfreund. Das regelmäßige und aufmerksame Lesen solcher Zeitschriften wird jeden Priester in den Stand setzen, dem Wunsche des Augsburger Katholikentages entsprechend, allseitige Aufklärung über die Missionen unter das Volk zu tragen.

Jeder Priester wird daher gut tun, einige der Missions-Zeitschriften, die ja zumeist recht billig sind, zu halten und dann in die Pfarr-, beziehungsweise Vereins-Bibliothek einzustellen. Die Erfahrung zeigt, daß sich viele Leser für die Missionsgeschichte außerordentlich interessieren, namentlich wenn sie die Schilderungen an der Hand einer Karte verfolgen können. Wie leicht